Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen In[ternationale] — Wählt Kommunisten! Liste 5 — [Bezirksleitung] Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kl[assenkampf im Bauen] / Die Energie

Bezugspreis monatl. frei Haus 2.50 M. (halbmonatl. 1.25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2.20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. 1 / Geschäftsstelle u. Expedition Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17250 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A. 1, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17250 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4–6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Petitzeile 0.50 RM., für die Reklamezeile 1.25 RM., für Familien-Anzeigen (0.35 RM.) für den fettgedruckten Teil einer Textseite 1.50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr, Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang — Dresden, Mittwoch den 9. Mai 1928 — Nummer 108

Alle Kraft gegen die Schlichtungsdiktatur

Fortsetzung des Kampfes

Leipzig, 9. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Trotz aller reformistischen Versuche, den Arbeitern den Schiedsspruch schmackhaft zu machen, haben die streikenden Metallarbeiter durch Urabstimmung **den Schiedsspruch mit 91 Prozent Mehrheit abgelehnt.** Unter wüster Hetze gegen die Kommunisten schreibt die Leipziger Volkszeitung, **daß im Falle der Verbindlichkeitserklärung die Gewerkschaften die Friedenspflicht einhalten müßten.** Unter stündlich wachsender Empörung verlangen dagegen die streikenden Metallarbeiter **die Fortsetzung des Kampfes unter Einsetzung aller Machtmittel gegen die Schlichtungsdiktatur.** Eine DMV-Versammlung des wichtigsten Bezirks faßte beinahe einstimmig eine Resolution, in der es heißt:

„Die Versammlung fordert vom DMV:

1. **den gefällten Schiedsspruch auch über die evtl. Verbindlichkeitserklärung hinaus abzulehnen und den Kampf weiterzuführen,**
2. **festzuhalten an den gestellten Forderungen einschließlich der Ferienfrage bis zum endgültigen Erfolg,**
3. **die Vertreter der KPD und SPD aufzufordern, für die ausgesperrten Metallarbeiter Mittel der öffentlichen Fürsorge zu bewilligen."**

Aehnliche Beschlüsse wurden in mehreren anderen Bezirksversammlungen gefaßt. In den übrigen Bezirksversammlungen verhinderte die Bureaukratie die Abstimmung über ähnlich lautende Resolutionen.

•

Fest entschlossen, das Schlichtungsdiktat zu zerschlagen

Chemnitz, 9. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Schiedssprüche sind von den streikenden Metallarbeitern in allen Betrieben einmütig abgelehnt worden. Der Entschluß den Kampf auch gegen die Verbindlichkeit fortzusetzen, gewinnt bei der übergroßen Arbeitermasse Boden. Vor allem sind es **die größten und entscheidendsten Metallbetriebe in der Stadt und im Bezirk Chemnitz, wo kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter fest entschlossen sind, den Kampf zur Durchbrechung des Schlichtungsdiktats bis zum vollen Siege fortzuführen.** Der Kampfwille der Arbeiterschaft **ist so stark,** daß die sozialdemokratische Verbandsbureaukratie garnicht mehr wagt, offen dagegen **aufzutreten, sondern nur erklärt, wenn die Kommunisten den Kampf trotz der Verbindlichkeitserklärung fortsetzen wollen sie nichts dagegen unternehmen, aber die Kommunisten müßten dann auch die Verantwortung tragen.**

•

Kommunistenhetze zur Zerschlagung der Kampffront

Den Metallarbeitern droht in diesem kämpfenden Kampf die zweite Verbindlichkeitserklärung. In unerhörtester Weise haben die DMV-Führer die Forderungen der Metallarbeiter zum Manteltarif im Stich gelassen, indem sie den Kampf hierum verhinderten und auf die Verbindlichkeitserklärung warteten. Dadurch sind die entscheidenden Forderungen zur **Arbeitszeit, Ferienfrage und zur Entlohnungsprozenttabelle** vollkommen nichtig gemacht worden.

Trotz der einmütigen Ablehnung der Schiedssprüche der Betriebe der sächsischen Metallindustriellen und des Arbeitgeberschutzverbandes, sowie des Leipziger Tarifgebietes durch die Metallarbeiter ganz Sachsens, unternehmen die DMV-Führer nichts was die Forderungen der Metallarbeiter trotz der zu erwartenden zweiten Verbindlichkeitserklärung zum Siege führen könnte.

Im Gegenteil, die DMV-Führer **lehnen brüsk ab,** den **Kampf fortzusetzen. In Versammlung und Presse schüren sie eine** infame Kommunistenhetze, **um die Kampffront der Metallarbeiter zu zerschlagen.** Sie scheuen, wie die Dresdner Volkszeitung von gestern erneut zeigt, **vor keiner Verleumdung** der Kollegen jener Betriebe zurück, die sich bereit erklärt haben, den Kampf trotz Verbindlichkeitserklärung weiterzuführen. Sie scheuen selbst da die Hetze nicht, wo sie sich, wie beim Sachsenwerk, gegen sozialdemokratische Kollegen mit richten muß. Diese Hetze, die bereits systematisch in der vorgestrigen Funktionärversammlung der Metallarbeiter betrieben wurde, hetzte gestern die Dresdner Volkszeitung fort. Mit welchen Mitteln die Reformisten dabei vorgehen, zeigt die Dresdner Volkszeitung durch die Fortsetzung der **fraktionellen Hetze der SPD-Funktionäre** des DMV. Die Dresdner Volkszeitung schreibt:

„Wenn sich die Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes nicht ernst bemüht hätte, Ruhe und Ordnung zu schaffen, so hätten diese Herrschaften die sich einbilden, Führer zu sein, recht bald erfahren können, wie sie von ihren eigenen im Betrieb beschäftigten Kollegen an die Luft befördert worden wären. **Man könnte es in der Tat verstehen, wenn der Langmut der Arbeiterschaft bricht und sie diesen Gesellen ernsthaft Widerstand leistet."**

Diese Ausführungen zeigen den Plan der DMV-Reformisten, sie wollen durch Raufereien die Front zerschlagen. Natürlich sollen dann die oppositionellen Gewerkschaftler die Urheber sein. Tatsächlich war es auch nur der Ruhe und Besonnenheit der oppositionellen Redner, insbesondere dem Genossen Zeiler von S. u. N. zu verdanken, wenn der von der SPD fraktionell vorbereitete Krach nicht einsetzte. Die Metallarbeiter müssen den DMV-Führern zum Trotz alle Sabotageversuche entschieden zurückschlagen. Es gilt jetzt, alle Kräfte **zur Fortsetzung des Kampfes gegen die schändlichen Schiedssprüche zu sammeln.**

Die Arbeiter weisen die Kommunistenhetze zurück

Friedrich-August-Hütte Freital

In der gestrigen Funktionärversammlung gab Kollege Nagel als Vorsitzender der Streikleitung Bericht über den Verlauf der Vertrauensmännerversammlung vom 7. Mai. Die sehr rege Diskussion gab Zeugnis von entschlossenen Willen der Kollegen Ausdruck, die die Fortsetzung des Kampfes trotz Verbindlichkeitserklärung fordern. Mit Entrüstung wandten sich die Kollegen gegen die Kommunistenhetze der SPD-Funktionäre und der Föller und Händel. Der sozialdemokratische Kollege Weichel erklärte, die Ortsverwaltung sei kampfbereit trotz Verbindlichkeitserklärung, wenn sie wüßte, die Kollegen hätten vom ernsten Kampfwillen durchdrungen. — Ihm wurde jedoch geantwortet, daß der Kampfwille zur Genüge vorhanden, daß die SPD-Führer durch ihre Politik des Burgfriedens und der Großen Koalition gebunden seien. Die Richtigkeit der Politik der Opposition wurde allgemein als richtig anerkannt. Die Kollegen sind kampfbereit.

•

Streikversammlung bei Seidel & Naumann

In einer überfüllten Streikversammlung im Trianon gab Kollege Händel Bericht über das Verhandlungsergebnis. Trotzdem unsere beauftragten Kollegen „in Berlin stundenlang gekämpft" haben, sei nicht mehr herauszuholen gewesen. Bei den Nachverhandlungen soll noch einmal versucht werden, den Schiedsspruch zu verbessern. Im übrigen betonte er, daß dieser Kampf bestimmt Eindruck auf die Unternehmer gemacht habe und konstruierte daraus so etwas wie den berühmten „moralischen Erfolg".

In der Diskussion übte die Opposition scharfe Kritik an der bisherigen Führung des Kampfes und rechnete mit der „allein richtigen Taktik" der Reformisten, die uns einer neuen Niederlage entgegen bringt, gründlich ab. Dieser Kampf hat den Unternehmern wiederum gezeigt, daß die Gewerkschaftsleitungen willige Werkzeuge zur Abdrosselung der Arbeitskämpfe sind. Die Arbeiter müssen daraus lernen, daß diese Schlichtungsordnung, die nach den Ausführungen Teubers „ein Vorteil gegen früher" darstellt, beseitigt werden muß, daß sie den Kampf trotz Verbindlichkeitserklärung weiterführen müssen auch ohne und gegen die Verbandsleitungen. Die Ausführungen unserer Genossen wurden mit großer Aufmerksamkeit entgegengenommen und oft von lebhaftem Beifall unterbrochen. Die verleumderische Art und Weise Teubers, einem Genossen längst richtiggestellte Dinge nunmehr zu unterschieben, wies die Versammlung mit großer Entrüstung zurück.

Folgende Resolution wurde nach der Methode Föllers auch hier nicht zur Abstimmung gestellt:

Entschließung

„Die Streikenden der Firma S. u. N. nehmen mit Empörung Kenntnis von dem Verhandlungsergebnis in Berlin. Auch in diesem Kampfe erweist sich die Schlichtungsordnung als ein Instrument der herrschenden Klasse zur Niederdrückung der Arbeiter. Wir erklären uns deshalb solidarisch mit dem Beschluß der Limbacher Ortsverwaltung und vieler Betriebe, den Kampf trotz Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs weiterzuführen."

•

Betriebsversammlung der Firma Clemens Müller A.-G.

Am 8. Mai fand nach 14 Tagen endlich einmal eine Versammlung der Ausgesperrten statt, die man ausgefüllt hatte mit zwei Ausflügen und anschließendem Tänzchen, endlich einmal eine Versammlung der Ausgesperrten statt. Der Bevollmächtigte Händel gab Bericht über den Stand der Bewegung. Er versuchte der Belegschaft plausibel zu machen, den Parolen „gewisser Arbeiter" in bezug auf Fortführung des Kampfes trotz Verbindlichkeitserklärung nicht zu folgen. „Es sei erreicht", und zwar hätten die Unorganisierten den Wert der Organisation erkannt. „Vertraut auf eure Führer! Haltet Disziplin!" Das war die Parole Händels. Vor allem sei es eine „gewisse Arbeiterpresse", die immer bemüht sei, die Arbeiter zu spalten. So betrieb er eine systematische Kommunistenhetze. Seine Hetze wurde oft von treffenden Zwischenrufen unterbrochen.

In der folgenden Aussprache verweigerte man einem ausgesperrten Kollegen aus dem Betrieb, der einer anderen Fachgruppe angehört und Vertrauensmann ist, das Wort. Eine Abstimmung darüber herbeiführen, ob der Kollege sprechen sollte, lehnte der Betriebsratsvorsitzende Schlottig ab. Böse Zungen behaupten, es wäre die Angst gewesen vor der Wahrheit. Eine eingereichte Entschließung, die die Fortsetzung des Kampfes trotz Verbindlichkeitserklärung fordert, wurde, wie überall, aus Furcht vor der Entscheidung der Kollegen nicht zur Abstimmung gebracht. Kollege Gen wiederholte in längeren Ausführungen Händels plumpe Kommunistenhetze, dem folgte der bekannte Stadtverordnete Süßmilch. Süßmilch, der gerne die Polizei gegen Arbeiter anruft, da sein geistiges Eigentum nicht groß ist, wiederholte Händels Ausführungen mit einigen Phrasen mehr. Im Schlußwort nahm sich Händel die Entschließung vor, er redete vom Ins-Unglückstürzen der Arbeiter. Die Führer brächten sich dann in Sicherheit und appellierte nochmals an die Arbeiter, auf ihre Führer zu hören und geschlossen in die Betriebe zu gehen.

Kollegen, es ist unverständlich, daß ihr duldet, daß man Betriebsangehörige nicht sprechen läßt. Habt ihr in den letzten 10 Jahren nicht gelernt, wie eure Lebenshaltung von Monat zu Monat sinkt. Gestern habt ihr Händels Katastrophenpolitik zugestimmt. Nächste Woche steht ihr an der Arbeitsbank und schimpft auf die Gewerkschaften, statt gegen deren gegenwärtige Führer entschieden Front zu machen.

Der Kampf um die städtische Beamtenbesoldung

Von Alfred Schrapel, Stadtverordneter, Dresden.

Seit Jahren kämpfen die Beamten um bessere und gerechtere Entlohnung, von Jahr zu Jahr ist der Beamtenschaft vom kapitalistischen Staate immer deutlicher vor Augen geführt worden, daß sie ihre ganze Kraft in den Dienst des Staates zu legen haben (heißt gut deutsch: Ueberstunden werden nicht bezahlt, Achtstundentag ist Luxus), dafür aber auf gerechte Entlohnung, gesicherte Altersversorgung, unkündbare Stellung nach Recht und Verfassung rechnen dürfen. Meinungs-, Geistes-, Koalitionsfreiheit ist natürlich „gewährleistet". Es gab sogar einmal einen sozialdemokratischen Minister (jetzt Bürgermeister in Radeberg), der in einer großen Beamtenversammlung den Beamten erklärte: **„Das Streikrecht ist ein unveräußerliches Menschenrecht."**

Was ist geschehen? Mit Hilfe der SPD hat man ein Ermächtigungsgesetz geschaffen und, so viele Tausende von „unkündbaren" Beamten an die Luft gesetzt. Altersversorgung? Mit allem Raffinement hat man es verstanden, die Pensionäre von den jeweiligen Gehaltsaufbesserungen auszuschließen, so daß es gegenwärtig soviel Sorten von Pensionären gibt, als Gehaltsneu- und Zwischenregelungen erfolgten.

Gerechte Entlohnung? Die Gehaltsregelungen blieben immer mehr hinter den Preissteigerungen zurück, jede Neuregelung brachte eine stärkere Differenzierung, trennte die oberen, mittleren und unteren Gruppen immer mehr und brachte vielfach Dienst- und Arbeitszeitverlängerung (siehe Straßenbahn, Pflegepersonal u. a.).

Ein herrliches Gruppen- und Dienstaltersystem, das in den Gemeinden laut „Gesetz" natürlich nur Sache des Gemeinderates ist, ermöglicht es diesem, ungestört von dem leidigen Stadtparlament, Eingruppierung und Festsetzung des Besoldungsdienstalters immer nach Verdienst und Würdigkeit vorzunehmen. Ein feines Mittel zur Erhaltung der Meinungsfreiheit.

Und die Beamtengewerkschaften? Der Deutsche Beamtenbund, gut bürgerlich geführt von den Herren Flügel in Berlin, die Dresdner Gemeindebeamten betreut vom Volksparteiler Vörtcher, die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes beglückt durch die langjährige, kampffreudige Leitung des Herrn Oberregierungsrates, Stadtverordneten Viebrach (ASP). Welche Regierung, welcher Stadtrat soll da noch in Sorge geraten vor irgendeinem Schritt der organisierten Massen der Beamten?

So konnten die Regierungen und Gemeindeverwaltungen Besoldungen anbieten, die jeder sozialen Einsicht bar waren. Jeder städtische Beamte sollte sich das folgende Bild eingerahmt über sein Bett hängen:

Sächsische Besoldungsordnung:

Besoldungsgruppe 19 (Pförtner usw.) = 1500—2100 M. Grundgehalt

Besoldungsgruppe 1 (Gesandter Stadtrat) = 18 000 M.

Dresdner Ratsvorlage:

Gruppe 19 (Pförtner) künftig 1500—2100 M.
bisher 1224—1698 M.